

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 82 (1985)

Heft: 7

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft : Schwierigkeiten und Zukunftsaussichten

Autor: Hug, Klaus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schweizerische Wirtschaft, Schwierigkeiten und Zukunftsaussichten

Referat von Dr. Klaus Hug, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, an der Jahrestagung der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge, Zürich-Oerlikon, 4. Juni 1985

I. Einleitung

«Die Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaft!» – Wenn ich mit diesem Thema vor ein ausländisches Publikum treten würde, so könnten manche Zuhörer ein leises Lächeln wohl kaum verbergen. Der eine oder andere Kopf würde sich zu seinem Nachbarn hinüberbeugen und ihm zuflüstern: «Also, mit *den* Schwierigkeiten, die die Schweizer haben, da könnten wir ja ganz gut leben.» Wir werden weitherum beneidet: ob unserer niedrigen Teuerungsrate, wegen unserer geringen Arbeitslosigkeit, wegen unseres sozialen Friedens, wegen unseres Wohlstands.

Zwischen 1976 und 1984 betrug die *Teuerung* im Jahresdurchschnitt knapp 3½ Prozent. Letztes Jahr kamen wir unter 3 Prozent. Wenn die Rate in den ersten Monaten dieses Jahres auch gestiegen ist, ist eine erneute Beruhigung doch wieder in Sicht. Dann unsere vergleichsweise tiefe *Arbeitslosigkeit*! Die Quote liegt in der Schweiz zurzeit bei 1,1%. Das sind aber immer noch rund 33 000 Menschen. Der Trend ist jedoch weiter rückläufig und gibt zu einer gewissen Hoffnung Anlass. Geradezu beeindruckend gesund zeigt sich unsere *Ertragsbilanz*. Ihr Überschuss dürfte auch 1985, wie schon letztes Jahr, acht Milliarden Franken übersteigen. Wenn wir jedoch die *Wachstumszahlen* unserer Wirtschaft nehmen, so wird unser Stolz schon um einiges gedämpft. Mit einem durchschnittlichen Wachstum des Brutto-Inlandprodukts zwischen 1971 und 1984 von rund 0,9 Prozent figurieren wir am unteren Ende der europäischen Rangliste. Zwar liest sich die letztjährige Zahl von 2 Prozent besser, aber sie ist vergleichsweise immer noch tief. Sie wird sich für 1985 möglicherweise noch leicht erhöhen. Das langfristige Wachstum hat sich aber als Ganzes spürbar abgeschwächt.

Es gibt noch andere Indizien, die darauf hinweisen, dass nicht alles so rosig ist, wie es scheint. Wenn wir die Zahlen der Wertschöpfung vergleichen, so stellen wir fest, dass ihr Anteil im massgebenden Bereich der grossen Maschinenindustrie zurückgeht. Und wir stellen weiter fest, dass die Schweiz im Export von hochtechnologischen Gütern zurückfällt.

Aber auch ohne einer übertriebenen Zahlengläubigkeit zu huldigen, dürfen wir die Augen vor gewissen Schwierigkeiten nicht verschliessen, mit denen sich unsere Wirtschaft konfrontiert sieht. Und hier hat die Wirtschaftspolitik einzusetzen. Umsicht und Voraussicht sind hier aus mehreren Gründen geboten:

- *Erstens*: Erfolge, auch wirtschaftliche, sind vergänglich. Vergessen wir nicht, dass wir vor genau zehn Jahren in der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit steckten, tiefer als die anderen Industrieländer, und dass wir uns seither in einem alles erfassenden strukturellen Umbruch befinden.
- *Zweitens*: Der blosse Vergleich mit dem Ausland macht es uns zu leicht. Der Erfolg der Wirtschaftspolitik ist auch an ihren *Möglichkeiten* zu messen. Fragen sind erlaubt, ob die Wirtschaftspolitik genügend unternimmt, um die Zahl der Arbeitsplätze ausreichend hoch zu halten, das Los der Arbeitslosigkeit so wenigen wie möglich aufzubürden. Ob nicht noch mehr getan werden könnte, um die Teuerungsrate möglichst tief zu halten. Ob die Schweizer Wirtschaft den technologischen Anschluss erreichen kann.
- *Drittens*: Es gilt in der Wirtschaftspolitik, sich mit den Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, *bevor* sich das ganze Gewitter über uns entlädt. Gouverner ist auch hier *prévoir*. Mit anderen Worten: Die möglichen Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaft treten uns erst dann plastisch vor Augen, wenn wir die heutige Situation vertieft analysieren und uns gleichzeitig die mögliche zukünftige Stossrichtung auszudenken versuchen. Dies sei im folgenden versucht, wobei ich mich auf einige Schwerpunkte konzentrieren werde.

II. Die Verflechtung mit der Weltwirtschaft

So banal die Feststellung auch klingen mag, sie trifft mehr denn je zu: Die Schweiz ist auch wirtschaftlich keine Insel. Sie ist aufs engste mit der Weltwirtschaft verflochten. Was im internationalen System passiert, hat immer auch Rückwirkungen auf unsere Volkswirtschaft.

Die *Verschuldungskrise* unserer Zeit sei hier ein erstes Stichwort. Sie erfasst nicht nur praktisch alle Entwicklungsländer und den Ostblock, sondern auch einen grossen Teil der Industrieländer. Diese Staaten sind entweder international hoch verschuldet, führen anhaltend hohe Budgetdefizite oder weisen beide Erscheinungen gleichzeitig auf. In den Vordergrund gerückt sind heute die rekordhohen Ungleichgewichte in der Wirtschaft der USA. Wie immer auch die Wechselwirkungen zwischen den amerikanischen Defiziten, den Zinsen und den Devisenmärkten zu interpretieren sind, unsere Wirtschaft war und ist davon betroffen. Sie konnte vorläufig durch den Anstieg des Dollars und die damit verbundene relative Abschwächung des Schweizer Frankens profitieren. Die Exportmärkte wurden ihr zugänglicher, und die Konkurrenz amerikanischer Produkte auf unserem Binnenmarkt verlor beträchtlich an Kraft. Gleichzeitig wurde jedoch das Risiko einer «harten Landung» des Dollars aufgebaut und damit auch die Gefahr einer Flucht der internationalen Kapitalanleger in den Schweizer Franken mit den entsprechenden Konsequenzen für seinen Wechselkurs. Wie turbulent solche Korrekturen ablaufen können, hatten wir früher schon, besonders in den Jahren 1977/78, erlebt. Der hohe Dollar hilft zwar unserer Exportwirtschaft, und dazu zähle ich auch den Fremdenverkehr, birgt aber auch die Gefahr in sich, dass der dringlich not-

wendige Strukturwandel verfälscht oder aufgeschoben wird. Die Schweiz kann sich das nicht leisten.

Eine äusserst ernst zu nehmende Gefahr auch für unsere Wirtschaft stellt der *Protektionismus* dar. Er tritt in den vielfältigsten Formen auf. Selbst die stärksten Volkswirtschaften geraten immer wieder in Versuchung, zu diesem scheinbaren Allerweltsmittel Zuflucht zu nehmen. Lassen Sie mich Bundespräsident Kurt Furgler zitieren, der gegen solche wirtschaftspolitischen Fehlgänge unaufhaltsam zu Felde zieht. Er sagte kürzlich: «Ein typisches Beispiel einer solchen Gefährdung stellt etwa in den Vereinigten Staaten die Petition 232 dar, in der die amerikanische Maschinenindustrie von der Regierung verlangt, den amerikanischen Markt gegen die Einfuhr von Werkzeugmaschinen abzusichern. Nun muss man wissen, was das für unsere Maschinenindustrie bedeuten würde, wenn sie den US-Markt verliert.» Nicht verliert, weil wir im echten Wettbewerb nicht zu bestehen vermögen, sondern aufgrund von den Wettbewerb verfälschenden, einseitigen staatlichen Massnahmen.

Als die vielleicht wichtigste und folgenschwerste neue Entwicklung in der Weltwirtschaft ist wohl die Entstehung und Verbreitung der sogenannten *Neuen Technologien* zu bezeichnen. Auffallend ist, dass die vor allem in den USA und Japan entwickelten neuen Technologien viel rascher als dies bei früheren «technologischen Revolutionen» der Fall war, die Weltwirtschaft beeinflussen und prägen und deren Akteure unmittelbar herausfordern. Sie verändern Produkte und Leistungen, die in der Produktion angewandten Verfahren und damit die Wettbewerbsstellung der Produzenten weltweit und in vergleichsweise kurzer Zeit. Innerhalb weniger Jahre kann eine ganze Branche eines Landes den Anschluss verpassen und entsprechend zurückgeworfen werden. Unter den Produzenten werden sich nur jene behaupten können, die mit den neuen Technologien Schritt halten können. Die schweizerische Wirtschaft steht mitten in diesem Anpassungsprozess. Sie befindet sich starken und dynamischen Konkurrenten gegenüber. Eine Abkapselung wäre nur um den Preis einer verheerenden Wohlstandseinbusse möglich. – Japan und die USA stehen an vorderster Stelle in der technologischen Revolution. Die traditionellen europäischen Industrieländer befinden sich in einem Wettlauf des Aufholens. Es treten indessen immer weitere wettbewerbsfähige Anbieternationen auf den Plan. Zu ihnen zählen beispielsweise die Schwellenländer, Südkorea, Singapur, die Philippinen. Auch sie stossen sehr rasch vor in Domänen, die noch bis vor kurzem den Industrieländern vorbehalten waren. Die Beispiele sind zahllos: Stahl, Schiffsbau, Textilien, Elektronik. Sie belegen, wie intensiv die dauernde Umverteilung der Wettbewerbsvorteile in der Weltwirtschaft im Gange ist. Die Zeit der «Ruhekissen» ist endgültig vorbei. Wer nicht mitmacht, wird abgehängt.

II. Die neuen Technologien

«*Neue Technologien*» – was sind das? In Fachkreisen zählt man dazu: Die Molekular-Biologie mit der Gen-Technologie, die Bioelektronik, die Kern-

physik mit der Fusion, die Raumfahrt, die Nahrungsmittel-Technologie, die neue Ressourcen erschliesst und – am meisten genannt – die Mikroelektronik, die Mikroprozessoren, die Computer, die Informatik.

Insbesondere diese letzteren Begriffe beherrschen seit nunmehr 15 Jahren viele Gespräche von Ingenieuren, Unternehmern, Wirtschaftspolitikern und Politikern, und sie haben sich immer tiefer in das Bewusstsein der Öffentlichkeit eingeprägt. Aus Schlagworten sind inzwischen einige harte Tatsachen geworden.

Die Informatik und die Kommunikationstechnologie, die ebenfalls beeindruckende Fortschritte erfuhr, haben in fast allen Bereichen des Wirtschaftslebens zu einschneidenden Veränderungen geführt. Allgemein gesagt, bewirkt die Informatik eine Verbreiterung, Vertiefung und Beschleunigung der Informationen und ihrer Verarbeitung sowie eine Dezentralisierung der Entscheidungs- und Produktionsvorgänge. Geradezu phantastisch ist ihre Wirkung auf Wissenschaft und Technik. Die Fortschritte in der Materialkunde – ich denke an Kunststoffe, moderne Glasfaser- und Keramiktechniken, an metallische Gläser und Ähnliches – wären ohne Informatik nicht möglich. Die Gen-Technik, die Konstruktion von Biosensoren in der Mess- und Prüftechnik und die neueste Entwicklung in der Pharmazie haben unmittelbare Verbindung zur Mikroelektronik. Energie, Verkehr und Raumfahrt haben sich im Informatikzeitalter in neue Bereiche vorgewagt. Die Medizin – Stichwort Tomographie – verdankt der Informatik neue Erkenntnisse und Möglichkeiten.

Die neuen Technologien – wir alle wissen das – finden aber nicht irgendwo abseits in fernen Laboratorien oder Elfenbeintürmen statt. Sie dringen ein in unseren Alltag. Besonders anschaulich haben wir dies festgestellt, als die Unterhaltungselektronik immer aufwendiger, immer leistungsfähiger und gleichzeitig immer billiger wurde. Aber auch im Berufsleben hat sich viel geändert.

In den Büros wurden die alten Schreibmaschinen zuerst von elektrischen Schreibmaschinen verdrängt; heute werden mehr und mehr Schreibautomaten mit Speichersystem und Bildschirmanzeige verwendet. Bald wird der Personal Computer (PC) mit eigener Intelligenz und mit Anschluss an eine Datenbank nahezu zu jedem etwas anspruchsvolleren Arbeitsplatz gehören.

In den Produktionsbetrieben sieht es nicht anders aus. Auch dort dominiert die Mikroelektronik mit modernen Steuerungs-, Prüf- und Kontrollsystemen. Der Roboter hat Einzug gehalten und viele schmutzige Arbeiten mit einem hohen Gefährdungsgrad für die Arbeitnehmer übernommen. Der Roboter als Mittel zur Humanisierung der Arbeitswelt. In den Konstruktions- und Planungsbüros entstand der Begriff CAD (Computer Assisted Design), der die Konstruktion von Maschinen und die Planung von Produktionsabläufen grundlegend umformte. Maschinen und Produktionsanlagen werden heute nicht mehr am Reissbrett entworfen, um ein plastisches Bild dessen zu erhalten, was man später realisieren will. Heute setzen sich der Ingenieur, der Kundenberater und der Software-Spezialist gemeinsam hinter den Bildschirm und versuchen, die Bedürfnisse und Wünsche der Kunden in genau das Produkt umzusetzen, das gewünscht wird. Der Schritt zur nächsten Stufe, dem

Computer Assisted Manufacturing (CAM), ist dann nur folgerichtig. Und für eingefleischte Spezialisten der Produktions- und Produkte-Software ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir beim CIM (Computer Integrated Manufacturing) angelangt sein werden.

IV. Der Strukturwandel

Was sind die Konsequenzen der Einführung der neuen Technologien? Grob gesagt: *technischer und wirtschaftlicher Wandel*. In aller Munde ist heute der Ausdruck «Strukturwandel». Er manifestiert sich im Niedergang, absolut oder relativ, von schon älteren traditionsreichen Branchen und im Aufstieg von neuen, zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen. Ein solcher Strukturwandel findet eigentlich permanent statt. Er ist kein einmaliges Ereignis. Er wird aber vom rauen Wind des technischen Wandels heute besonders angepeitscht. – Der Strukturwandel manifestiert sich auch in der Schweiz in eindrücklichen Zahlen, wenn man den Blick auf die letzten 15 Jahre wirft. So hat die Zahl der Erwerbstätigen in den industriellen Branchen zwischen 1970 und 1983 in praktisch allen Branchen abgenommen. In der Bekleidungsindustrie und in der Uhrenindustrie zum Beispiel um mehr als die Hälfte, in der Textilindustrie um 43 %. Am stabilsten hielt sich die chemische Industrie mit einem Rückgang von nur 2,5 %. Umgekehrt wuchs die Anzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum in fast allen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs, z. B. im Gesundheitswesen um zwei Drittel, bei den Versicherungen um 58 % und bei den Banken gar um 70 %. Diese Entwicklung wird weitergehen und unseres Erachtens gerade in der Maschinenindustrie noch spürbar werden.

Der Strukturwandel lässt sich auch aus der Verschiebung von Blue collar zu White collar workers ablesen. BIGA-Berechnungen ergeben, dass der Anteil der White collar workers am Total der Arbeitnehmer 1970 etwa einen Drittel (33,2 %) ausmachte. Im Jahre 1983 waren es jedoch schon 42 %. Diese Zahlen müssen im Zusammenhang mit der zunehmenden Tertiarisierung des industriellen Sektors gesehen werden. In der Industrie nimmt der Umfang jener Tätigkeiten zu, die mit der Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten nicht direkt zu tun haben. Diese Tätigkeiten betreffen die Vorbereitung, Überwachung und Kontrolle der Produktion, die Ausrichtung auf den Markt und die Distribution der Güter, Kundendienst und Service, Forschung, Marktbeobachtung und Rechnungswesen.

Wenn wir schliesslich die Berufsentwicklung nehmen, so sind die Veränderungen ebenso offensichtlich. Die Zahl jener, die eine kaufmännische Lehre machen, hat sich zwischen 1960 und 1983 beinahe verdoppelt, während andere Lehrberufe fast ausgestorben sind. 1983 zählten wir doppelt so viele Elektromonteur als 1960, aber weniger als die Hälfte Damenschneiderinnen oder ein Drittel weniger Schriftsetzer.

Selbstverständlich hat der Strukturwandel auch ein Abbild in den regionalen Verschiebungen. Die Uhrenindustrie, vorab im Jura konzentriert, hat dort durch ihren Krebsgang sowohl in der Beschäftigungsstruktur wie einkom-

mensmässig tiefe Spuren hinterlassen. Andere Räume, wie das sogenannte «goldene Dreieck» zwischen Basel und Zürich, konnten profitieren. Eindeutigen Aufwind verspürt auch das Genfersee-Becken.

V. Die Herausforderung an die Arbeitnehmer

Die neuen Technologien und der durch sie ausgelöste Strukturwandel ergeben für fast alle wirtschaftlich tätigen Menschen erhebliche Anpassungsprobleme. Vorerst müssen wir einmal lernen, mit einer gewissen Unsicherheit über die Zukunft zu leben. Der Jugendliche, der heute einen bestimmten Beruf erlernt, kann nicht davon ausgehen, dass er diesen auch in 10 Jahren noch ausüben kann – oder noch ausüben will. Die Kunst wird sein, aus der Ungewissheit eine Chance zu machen. Offenheit gegenüber Neuerungen, Flexibilität in der beruflichen Weiterentwicklung, aber auch räumliche Mobilität gewinnen stark an Bedeutung, ja werden unerlässlich.

Natürlich werden viele, vornehmlich ältere Menschen durch die rasche Entwicklung der Mikroelektronik, der Informatik, der Automatisierung und der Rationalisierung verunsichert und verängstigt. Sie fürchten gar, ihre Arbeit sei bald nicht mehr gefragt. Fragen des Strukturwandels erhalten eine gesellschaftspolitische und soziale Dimension. Schaffen die neuen Technologien neue Arbeitsplätze oder werden bestehende vernichtet? Die weitverbreitete Auffassung, technischer Fortschritt führe zu vermehrter Arbeitslosigkeit, teile ich nicht. Vielmehr glaube ich, dass durch die neuen Technologien direkt und indirekt auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Untersuchungen für die siebziger Jahre haben für die Schweiz ergeben, dass trotz der stark gewachsenen Zahl der Computer und ihrer qualitativen Verbesserung gesamtwirtschaftlich keine negative Beziehung zwischen technologisch bedingtem Wandel und der Zahl der Beschäftigten bestand. Wir müssen unterscheiden zwischen kurzfristigen und einzelwirtschaftlichen Ereignissen und dem, was langfristig und gesamtwirtschaftlich daraus wird. Nach Berufskategorien, qualitativ hingegen sind starke Verschiebungen zu beobachten, ebenso eine wachsende Höherqualifizierung. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze verlangen teilweise andere Fähigkeiten, als sie bei den vernichteten Stellen nötig waren. Hieraus sind bildungspolitische Folgerungen zu ziehen.

Das Problem besteht heute darin, dass die Wirtschaft über *zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte* verfügt. Der Bedarf an qualifizierten, auch ausländischen Arbeitskräften steigt. Die Daten aus der Beschäftigungsstatistik des BIGA belegen dies deutlich: Im 4. Quartal 1984 meldeten 25,6% der Betriebe einen Mangel an gelernten Mitarbeitern. Nur in 4% der meldenden Betriebe war der Bestand an Ungelernten zu klein. Umgekehrt herrschte in einem Fünftel der Betriebe (20,3%) Überfluss an ungelernten Arbeitskräften, während nur in 2,4% der Betriebe zu viele Gelernte gemeldet wurden. Diese Zahlen entsprechen der Erfahrung, dass die *Gefahr der Arbeitslosigkeit* vor allem für jene Arbeitnehmer relativ hoch ist, die über keine oder wenig berufliche Qualifikationen verfügen, aus strukturell gefährdeten Branchen stammen und sich nur mit Mühe auf eine neue Tätigkeit umstellen können. Mit einem solchen Profil

erhöht sich gleichzeitig auch die Gefahr länger dauernder Stellenlosigkeit, eine Gefahr, von der wiederum ältere Arbeitnehmer stärker als jüngere betroffen sind. So befinden sich 42 % der Arbeitslosen bis 3 Monate auf Stellensuche, für weitere 23 % sind es 4 bis 6 Monate. Für 35 % der Arbeitslosen dauert dieses Los schon mehr als 7 Monate. Als Langzeitarbeitslose gelten Arbeitnehmer, die seit mehr als einem Jahr auf Stellensuche sind; sie bilden gegenwärtig 15 % des Totals.

Je höher die Altersklasse, desto wahrscheinlicher die Langzeitarbeitslosigkeit. In den Altersklassen unter 45 Jahren steigt der Anteil der seit mehr als 12 Monaten Stellensuchenden nicht über das Gesamtmittel von 15 %. In den Altersklassen 45–49 Jahre erreicht der erwähnte Anteil 21 %, zwischen 50 und 54 Jahren 27 %, in der folgenden Altersklasse (55–59 Jahre) 32 %, und in der Altersklasse 60–64 Jahre sind 34 % der Arbeitslosen seit über einem Jahr stellenlos. Auch hier ist mit gezielten Massnahmen zu helfen. Die entsprechenden Anstrengungen dürfen nicht aufhören. Dies sind wir den betroffenen Menschen schuldig. Und über allem darf das in der Arbeitslosigkeit brachliegende Bildungs- und Erfahrungskapital nicht vergessen werden. Auf dessen Nutzung zu verzichten, bedeutet die Hinnahme volkswirtschaftlicher Verluste.

VI. Die Wirtschaftspolitik

Was tut nun die Wirtschaftspolitik? Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist in erster Linie Domäne der Privatwirtschaft und ihrer Initiative überlassen. Arbeitsplätze schaffen können aber nur gutgehende, florierende Unternehmen. Vermehrt müssen junge Leute ermutigt werden, Unternehmen zu gründen, Betriebe zu eröffnen. Der Staat hat dafür die Rahmenbedingungen und das unternehmerische Klima zu fördern und zu verbessern. Er hat aber auch in einer neuen Partnerschaft mit der Wirtschaft überall dort Wege zu suchen und Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bereitzustellen, wo dies die Wirtschaft aus eigener Kraft oder aus eigener Initiative nicht tun kann oder nicht tut. Dass in dieser neuen Partnerschaft auch die Hochschulen und die Forschungsstätten stärker als bisher eingeschlossen sein müssen, versteht sich von selbst. Der Staat muss den Strukturwandel fördern. Je früher und organischer der Strukturwandel erfolgt, um so geringer sind die Kosten und die Schmerzen des Anpassungsprozesses.

Wir haben es gesehen: Der wirtschaftliche und technische Wandel schafft Gewinner und Verlierer. Im Interesse der Gerechtigkeit muss der soziale Rechtsstaat von heute auch das Schicksal der Verlierer im Auge behalten. Es dient niemandem, die mahnenden Stimmen, die auf die grossen sozialen und menschlichen Kosten des wirtschaftlichen und technischen Wandels hinweisen, leichterhand als «ewiggestrig» abzuqualifizieren. Ein Staat, der die Dispositionsfreiheit des Unternehmers postuliert, muss als Korrelat eine Arbeitslosenversicherung schaffen. Ein Staat, der die berufliche und geographische Mobilität postuliert, muss eine ausgleichende Regionalpolitik betreiben.

1. Eine gute *Arbeitslosenversicherung* hat zum Ziel, einen angemessenen Erwerbsersatz im Falle von unfreiwilliger Erwerbslosigkeit zu gewähren. Wirt-

schaftspolitisch wird bezweckt, durch Massnahmen der Arbeitslosenversicherung die Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu fördern. Damit sind die zwei Hauptpfeiler des seit 1. Januar 1984 gültigen Gesetzes angesprochen: Taggelder bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie Präventivmassnahmen.

Die Arbeitslosenversicherung hat neben der unmittelbaren Hilfe bei Verlust des Arbeitsplatzes also primär zum Zwecke, die Wiedereingliederung des aus dem Arbeitsprozess Ausgeschiedenen zu fördern. Das wird mit einem ganzen Massnahmenbündel versucht, mit der Staffelung der Taggelder, mit der Degression des Taggeldes, mit der Stempelpflicht, die auch dazu dient, dem Arbeitsamt Gelegenheit zu geben, dem Arbeitssuchenden neue Stellen zu vermitteln.

Wichtiger als die genannten Massnahmen sollten für den Wiedereingliederungszweck jedoch die neugeschaffenen Präventivmassnahmen sein. Man kann nicht genug betonen, dass Umschulung und Weiterbildung in vielen Fällen, namentlich bei jungen und jüngeren Arbeitslosen, die zweckmässigere Lösung als die blosser Zahlung von Taggeldern darstellt. Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess geht vor «Rente».

Wenn ich hier die Gelegenheit benütze, Ihnen, meine Damen und Herren, für das zu danken, was Sie durch Ihren täglichen Einsatz, unermüdlich und phantasievoll, für viele unserer Mitbürger leisten, um sie trotz Arbeitslosigkeit als Glieder unserer Gesellschaft zu erhalten, ihnen das Gefühl des Dazugehörens zu bewahren, dann ist dieser Dank wohlverdient.

2. Mit dem kürzlich ausgebauten *regionalpolitischen Instrumentarium* des Bundes wird in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und Banken die Förderung von Innovations- und Diversifikationsanstrengungen und von Industrieneuansiedlungen bezweckt. Bis Ende letzten Jahres wurden mit diesem Instrumentarium vor allem im Juraraum 163 Diversifikationsprojekte, 71 Innovationsvorhaben, 31 Neugründungen und 43 Neuansiedlungen aus dem Ausland unterstützt. Die Schwerpunkte lagen in den Branchen Elektronik, Maschinen- und Apparatebau, Metallverarbeitung sowie Kunststoffe, also Branchen, die Technologie-intensiv sind und gute Zukunftschancen haben. Wesentlich ist, dass mit diesen Anstrengungen ein Zeichen gesetzt wird, dass die Abwanderung der Beschäftigten, die die Abwanderung der Bevölkerung nachzieht, aufhört, dass eine Region wieder Mut fasst und ihrerseits zur Initiative übergeht. Nach allem, was wir besonders in den wirtschaftlich bedrohten Regionen, die dem Bundesbeschluss über Finanzierungsbeihilfen unterstehen, erlebt haben, ist dieser «Multiplikatoreffekt» der regionalen Wirtschaftsförderung das entscheidende Argument für solche Massnahmen.

In die gleiche Richtung zielt auch die Innovationsrisikogarantie (IRG), über die im September abgestimmt werden wird. Sie soll mithelfen, kleinen und mittleren Betrieben den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern, eine offensichtliche Schwachstelle auf unserem Kapitalmarkt zu beseitigen. Wenn man sieht, mit wieviel grösserer Leichtigkeit beispielsweise in den USA ein junger Unternehmer Geld für eine Neugründung bekommt, Geld, um Arbeitsplätze zu schaffen, dann *muss* die Schweiz etwas unternehmen.

3. Eine zunehmend wichtigere Funktion kommt unserer *Berufsbildungspolitik* zu. 1985 ist geprägt von der Einführung eines Mindestprogramms für Informatik in allen Zweigen der Berufsschulen. Neben diesem Mindestprogramm wird die Integration der Informatik in die Lehrpläne jener Berufszweige, die besonders intensiv mit der Informatik in Berührung kommen, vorangetrieben. Ausserdem wird in Zusammenarbeit mit den Höheren Technischen Lehranstalten, die im Informatikbereich vielfach Pionierarbeit geleistet haben, die Ausbildung der Berufsschullehrer verbessert und die Weiterbildung von Ingenieuren, die heute in der beruflichen Praxis stehen, ausgebaut. Ich bin überzeugt, dass wir im Bereich der berufsorientierten Ausbildung innert kürzester und nützlicher Frist einen Wissensstand in Informatik erreicht haben werden, der die Voraussetzungen für die Anwendung und Umsetzung der neuen Technologie Informatik erlauben wird.

Daneben gilt es, für den Berufsbildungsbereich noch andere Lehren zu ziehen. Ausgehend von der Tatsache, dass das heutige und künftige technische Wissen in immer kleineren Zeiträumen veraltet, müssen die Lehrpläne künftig immer mehr auch dazu dienen, die lebenslängliche *Lernbereitschaft* zu vermitteln. Die Weiterbildung auf allen Stufen, auch die betriebliche Weiterbildung, erhält ein ganz neues Gewicht. – Die Reglemente sollen nicht dazu führen, Abkapselung zu betreiben (frühere Uhrenberufe), sondern die Voraussetzung bilden, auch in verwandte Berufe umzusteigen. Die Lehrziele schliesslich sind genereller zu formulieren, damit sie nicht fortwährend veralten und in langwierigen Prozessen angepasst werden müssen. Als allgemeine Schlussfolgerung aller gegenwärtigen Erfahrungen und Zahlenanalysen ist zu sagen, dass eine gute Ausbildung zwar keine Garantie für eine Stelle, aber bald eine unerlässliche Voraussetzung dafür sein wird.

Gewiss muss die schweizerische Wirtschafts- und Bildungspolitik noch mehr tun, um unseren Weg in die Zukunft zu sichern. Es ist anerkannt, dass die Forschungsanstrengungen verstärkt werden müssen, dass die öffentlichen Haushalte ihre Sanierungsziele noch nicht voll erreicht haben, dass die Steuerstrukturen weiterer Optimierung bedürfen. Aber die Ausgangslage ist für unsere Unternehmungen doch günstig. An ihnen liegt es, die angebotene Unterstützung innerhalb und ausserhalb der Grenzen zu nutzen. Das schlimmste wäre, wenn wir in Zukunftspessimismus verfallen, an unseren Fähigkeiten und Kräften zweifeln würden. Es gilt, sich auf die Chancen zu konzentrieren. Etwa darauf, dass nicht nur in der Berufsbildungspolitik die Zeichen der Zeit erkannt wurden, sondern auch, dass diese Anstrengungen von einer Jugend genutzt werden, die ihren Einsatz zu leisten gewillt ist. Ebenso viele Vorteile bietet eine weiterhin intakte Gesprächsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft der Sozialpartner. Wegweisend sollte schliesslich unsere eigene geschichtliche Erfahrung sein: Dass nämlich ein Land ohne Rohstoffe und ohne besondere geographische Vorteile dank Fleiss, Tüchtigkeit und Unternehmergeist überhaupt einen so hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstand erreichen konnte. Die Schwierigkeiten waren zahlreich. Nur durch einen unbezwingbaren Glauben an die Zukunft sind sie immer wieder gemeistert worden.